

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/01/2017

über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 11.01.2017,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str.9, R. 4

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Marleen Möller

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

i. V. f. BM von Rauchhaupt

Herr Detlef Levenhagen

i. V. f. BM Schilling

Frau Claudia Rathje

Frau Karen Schmick

Herr Christian Schmidt

Herr Heino Wriggers

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dirk Burmeister

Frau Cordelia Koenig

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Michael Stukenberg

Herr Gerhard Bartel

Behindertenbeirat

Herr Angelius Krause

Behindertenbeirat

Herr Reinhard Hampel

Seniorenbeirat

Herr Yannick Klix

Kinder- und Jugendbeirat

Herr Alexej Sinner

Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Rolf de Vries

Naturschutzbeauftragter

Verwaltung

Herr Peter Kania

Frau Annette Kirchgeorg

Herr Jan Richter

Frau Jane Jobst

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Toufic Schilling

Frau Sibylle von Rauchhaupt

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Verpflichtung Bürgerlicher Mitglieder
- k e i n e -
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- k e i n e -
5. Einwohnerfragestunde
6. Festsetzung der Tagesordnung
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2016 vom 12.10.2016
8. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2016 vom 14.12.2016
9. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 9.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 9.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 9.2.1. Stellenplan 2017, Stelle Nr. 137/2017
 - 9.2.2. Knickarbeiten am Spechtweg
 - 9.2.3. Knick im Beimoorweg
 - 9.2.4. Verursachte Schäden durch aktuelle Stürme
10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 **2016/113**
- 10.1. Antrag der FDP-Fraktion zum Haushalt 2017 **AN/064/2016**
- PSK 55100 0900002 Reduzierung Kosten Neubau Moorwanderweg 2017
- 10.2. Antrag des Kinder- u. Jugendbeirates f. d. UA - Haushalt 2017 **AN/073/2016**
- Projekt 406, PSK 55105.0900002 - Neubau Skateanlage Stormarnplatz

- | | | |
|-------|--|--------------------|
| 10.3. | Antrag des Kinder- u. Jugendbeirates f. d. UA - Haushalt 2017
- Projekt 406, PSK 55105.0900002 - Neubau Skateanlage
Stormarnplatz | AN/092/2016 |
| 10.4. | Antrag der FDP-Fraktion f. d. UA - Haushalt 2017
PSK 55105.0900002 - Skateranlage | AN/090/2016 |
| 10.5. | Antrag der FDP-Fraktion f. d. UA - Haushalt 2017
PSK 55105.7853000 - Spielplätze Neubau Gorch-Fock-Straße | AN/078/2016 |
| 10.6. | Antrag von Bündnis 90/Die Grünen f. d. UA - Haushalt 2017
PSK 55100.0900002 - Neubau von Holzbrücken/Änderung in
Rohrdurchlass | AN/079/2016 |
| 10.7. | Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Verlängerung des Ver-
trages "WC am Rathaus" und Prüfung der Kosten eines Neu-
baus | AN/081/2016 |
| 10.8. | Antrag der SPD-Fraktion f. d. UA - Haushalt 2017
PSK 55100.0900002 - Neuanlage Grünflächen im B-
Plangebiet 82
PSK 55100.0900002 - Anlage eines Mehrzweckplatzes im B-
Plangebiet 82 | AN/085/2016 |
| 10.9. | Gemeinsamer Antrag des Seniorenbeirats und des Behinder-
tenbeirats f.d. UA, BPA und STV - Haushalt 2017 - barriere-
freie Toilette | AN/002/2017 |
| 11. | Gemeinsamer Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion f.d.
Umweltausschuss
- Baumschutzsatzung
- e n t f ä l l t - | AN/001/2017 |
| 12. | Toilettenanlage - öffentliches WC am Rathaus | |
| 13. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |
| 13.1. | Regelmäßige Kontrollen zur Anleinplicht | |
| 13.2. | Kontrolle der Ausgleichsmaßnahmen | |
| 13.3. | Lärmschutz S4 | |
| 13.4. | Gemeinsame Sitzung Umweltausschuss mit Bau- und Pla-
nungsausschuss am 15.02.2017 | |
| 13.5. | EU-Lärmkartierung | |

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende Frau Möller begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Verpflichtung Bürgerlicher Mitglieder**

— *k e i n e* —

3. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladung zur heutigen Sitzung erfolgte fristgerecht.

4. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

— *k e i n e* —

5. **Einwohnerfragestunde**

Herr Mächler erfragt den zeitlichen und thematischen Hintergrund der ursprünglichen amtlichen Bekanntmachung vom 29.12.2016 und deren Änderung vom 04.01.2017. Inhaltlich sei keine Veränderung sichtbar, sondern lediglich die Position des ursprünglichen Tagesordnungspunkts 10.2 habe sich auf 10.3 verändert.

Ein Ausschussmitglied gibt dazu bekannt, dass es sich bei der Änderung tatsächlich aber auch um eine inhaltliche Anpassung handelt. Die erneute amtliche Bekanntmachung war damit notwendig.

Weiter erfragt **Herr Mächler**, wie es zur erneuten Behandlung des Antrages AN/081/2016 als Tagesordnungspunkt 10.7 kommt, da dieser doch bereits in der letzten Sitzung behandelt wurde.

Hierzu wird dargelegt, dass die ursprüngliche Dringlichkeit des Antrages durch die Ausschussmitglieder mehrheitlich in der Dezember-Sitzung abgelehnt wurde und die reguläre Behandlung nun in dieser Sitzung erfolgt.

Anschließend spricht sich **Herr Offen** deutlich für die Baumschutzsatzung aus und äußert, dass es sich bei der Baumschutzsatzung definitiv nicht um eine nicht hinnehmbare Bevormundung gegenüber den Ahrensburger Bürgern handelt, sondern um eine Notwendigkeit, um unsere sehr grüne Stadt Ahrensburg auch so zu erhalten.

Viele empirische Studien haben auf Grundlage von Erfahrungen belegt, dass Umweltrecht wirksam ist. Das Landesrecht und auch das Bundesrecht schützen nicht alle Bäume, sondern tatsächlich nur einen ganz geringen Teil. Bäume sowie der Baumschutz sei ohne Zweifel ein sensibles Thema.

Die in den Raum gestellte notwendige Verjüngung des Baumbestandes träfe vielleicht für die Forstwirtschaft zu, jedoch nicht grundsätzlich. Zum Beispiel produziere eine 100-jährige Buche so viel Sauerstoff wie ihn ca. 300 Menschen brauchen. Diese Menge könne selbst nach einiger Zeit nicht von einer Vielzahl an Neuanpflanzungen erzielt werden.

Abschließend prognostiziert **Herr Offen** den Widerstand sehr vieler Bürger, sollte die Abschaffung der Baumschutzsatzung beschlossen werden.

6. Festsetzung der Tagesordnung

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 04.01.2017 vorgeschlagene Tagesordnung und unterbreitet folgende Änderungsvorschläge:

- Tagesordnungspunkt (TOP) 10.2 (AN/073/2016) nicht zu behandeln, da dieser durch die Behandlung des TOP 10.3 (AN/092/2016) überflüssig wird. Der nun zu behandelnde Antrag AN/092/2016 unter dem ursprünglichen TOP 10.3 würde durch den Wegfall des Tagesordnungspunktes mit dem Antrag AN/073/2016 nun als TOP 10.2 aufgegriffen werden. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

- Zur Thematik der Toilettenanlage liegen die Anträge AN/081/2016 unter TOP 10.7 sowie AN/002/2017 unter TOP 10.9 vor. Des Weiteren ist auf der geplanten Tagesordnung ein separater TOP für die Behandlung der Toilettenanlage am Rathaus mit der Nummer 12 aufgeführt. Die Vorsitzende schlägt vor, die gesamte Aussprache zu diesem Themenbereich mit den gestellten Anträgen zusammenhängend unter TOP 10 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017“ vorzunehmen.
- Den ursprünglich geplanten TOP 11 Antrag AN/001/2017 „Die Abschaffung der Baumschutzsatzung“ würde die Vorsitzende gern auf Grund der sensiblen Thematik auf die kommende Sitzung verschieben.

Mehrheitlich herrscht der Wunsch, einen erneuten interfraktionellen Arbeitskreis hierzu einzuberufen. Hierzu möge die Verwaltung vorab einen umfassenden Fragenkatalog an die Umweltverbände senden, deren Antworten konstruktiv als Diskussionsgrundlage dienen könnten.

Als Beispiele werden bereits folgende Fragen genannt:

1. Welche Anforderungen werden sinnvoller Weise an eine Baumschutzsatzung gestellt?
2. Erfüllt die derzeitige Satzung der Stadt Ahrensburg diese Anforderungen?
3. Gibt es aus Sicht der Umweltverbände Verbesserungsvorschläge?
4. Ist aus Sicht der Umweltverbände eine Baumschutzsatzung überhaupt notwendig?

Ein umfassender Austausch der Meinungsbilder wird mehrheitlich von den Fraktionen innerhalb eines zukünftigen Arbeitskreises als sinnvoll erachtet. Herr de Vries wünscht diesbezüglich auch eine Einladung zum Arbeitskreis, um seine Haltung einzubringen.

Weiter erfolgt die Abstimmung über die Verschiebung des Antrages AN/001/2017 auf die kommende Sitzung des Umweltausschusses:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür
(2 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen,
1 FDP, 1 WAB)

Abschließend findet eine Abstimmung zur gesamten Tagesordnung statt unter Einbeziehung der oben genannten Vorschläge der Vorsitzenden:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür
(2 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen,
1 FDP, 1 WAB)

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2016 vom 12.10.2016

Die Vorsitzende nimmt einleitend Bezug auf den durch die CDU-Fraktion eingebrachten Änderungsvorschlag zum Tagesordnungspunkt (TOP) 13 (UA/11/2016), welcher jedem Ausschussmitglied bereits per Mail vorab zugegangen ist.

Hierzu findet ein reger Meinungs austausch statt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie auch die WAB-Fraktion empfinden diesen Änderungsvorschlag als sehr einseitige Darstellung und wünschen die Verabschiedung des ursprünglichen Entwurfes von der Verwaltung.

Hierzu nimmt die Verwaltung Stellung: Die grundsätzliche Verfahrensweise zur Erstellung der Protokolle ist die Anfertigung der Niederschrift durch die Verwaltung in Abstimmung mit der Vorsitzenden. Folgend können die Ausschussmitglieder Einwände gegen die Niederschrift erheben und konkret formulierte Änderungsvorschläge zur Abstimmung bringen. Sobald sich die Mehrheit für den Änderungsvorschlag ausspricht, wird dieser auch in der Form übernommen.

Folgend stimmen die Ausschussmitglieder über den ausformulierten Änderungsvorschlag seitens der CDU-Fraktion zum TOP 13 der Niederschrift UA/11/2016 ab:

Abstimmungsergebnis: 6 dafür (2 SPD, 3 CDU, 1 FDP)
3 dagegen (1 WAB, 2 Bündnis 90/Die Grünen,)

Somit erfolgt die Änderung der Niederschrift.

8. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2016 vom 14.12.2016

Zum gegenwertigen Zeitpunkt liegt das Protokoll aus technischen Gründen nicht allen Ausschussmitgliedern vor. Der Tagesordnungspunkt „Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2016 vom 14.12.2016“ wird daher verschoben und einvernehmlich in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses behandelt.

9. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

9.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

9.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

9.2.1. Stellenplan 2017, Stelle Nr. 137/2017

Die Verwaltung nimmt Bezug auf das Protokoll des Hauptausschusses vom 14.11.2016, Top 8.1, Einrichtung einer Teilzeitstelle mit 25 Stunden im Umweltbereich (Stelle 137/2017 Landschafts- und Grünplanung). Es wurde angezweifelt, dass eine solche Stelle nötig ist. Allein die vorhandenen Personalkapazitäten würden über die Maßen mit unnötig aufwändigen Kontrollen der Bauhofleistungen gebunden. Die Verwaltung bittet daraufhin zur Kenntnis zu nehmen, dass dies unzutreffend ist. Der Kontrollaufwand wird im Gegenteil gerade im Bereich Grünflächenwesen äußerst gering gehalten.

Vielmehr ist die angemeldete Teilzeitstelle erforderlich, weil über die letzten zwei Jahrzehnte die Anforderungen an die Planungsprozesse im Umwelt- und Grünbereich kontinuierlich zugenommen haben und weil die Stadt konstant gewachsen ist, auch mit öffentlichen Grün- und Freiflächen, Spielplätzen, Ausgleichsflächen etc. Das Grünflächenwesen in Ahrensburg kann schon lange nicht mehr mit den vor ca. 25 Jahren geschaffenen zwei Ingenieurstellen abgedeckt werden, sodass bereits seit mehreren Jahren ein kompetenter Ingenieur in Teilzeit mit Zeitverträgen gewonnen werden konnte. Dieser Notbehelf soll mit der beantragten Teilzeitstelle reguliert werden.

9.2.2. Knickarbeiten am Spechtweg

Die Verwaltung kündigt umfassende Knickarbeiten am Spechtweg an, welche nun zeitnah erfolgen werden. Diese sind dringend erforderlich, da seit 20 Jahren hier nichts gemacht wurde. Schlechte Bäume werden fallen und gute verbleiben. So kann auch eine Strauchsicht aufgebaut werden. In dem Knick existiert eine dominante Buche, welche erhalten werden soll, jedoch mit einer Kronensicherung versehen werden muss.

9.2.3. Knick im Beimoorweg

In der letzten Sitzung des Umweltausschusses wurde die Frage an die Verwaltung gerichtet, wann letztmalig Knickarbeiten im Beimoorweg erfolgt sind. Hierzu hat die Verwaltung Mitarbeiter befragt und in Unterlagen recherchiert. Die Unterlagen haben kein Ergebnis erbracht und alle bestehenden Mitarbeiter sind davon überzeugt, dass in ihren Arbeitsjahren dort keine Arbeiten am Knick vorgenommen wurden. Den Knick zu knicken war nun mehr als notwendig.

9.2.4. Verursachte Schäden durch aktuelle Stürme

Glücklicherweise hielten sich die Schäden der letzten größeren Stürme in Grenzen. Nur ganz vereinzelt sind Bäume gefallen.

2016/113

10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

AN/064/2016

**10.1. Antrag der FDP-Fraktion zum Haushalt 2017
- PSK 55100.0900002 Reduzierung Kosten Neubau Moorwanderweg 2017**

Dieser Antrag wird von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

AN/073/2016

**10.2. Antrag des Kinder- u. Jugendbeirates f. d. UA - Haushalt 2017
- Projekt 406, PSK 55105.0900002 - Neubau Skateanlage Stormarnplatz**

AN/092/2016

**10.3. Antrag des Kinder- u. Jugendbeirates f. d. UA - Haushalt 2017
- Projekt 406, PSK 55105.0900002 - Neubau Skateanlage Stormarnplatz**

AN/090/2016

**10.4. Antrag der FDP-Fraktion f. d. UA - Haushalt 2017
PSK 55105.0900002 - Skateranlage**

AN/078/2016

**10.5. Antrag der FDP-Fraktion f. d. UA - Haushalt 2017
PSK 55105.7853000 - Spielplätze Neubau Gorch-Fock-Straße**

AN/079/2016

**10.6. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen f. d. UA - Haushalt 2017
PSK 55100.0900002 - Neubau von Holzbrücken/Änderung in Rohrdurchlass**

AN/081/2016

10.7. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Verlängerung des Vertrages "WC am Rathaus" und Prüfung der Kosten eines Neubaus

AN/085/2016

**10.8. Antrag der SPD-Fraktion f. d. UA - Haushalt 2017
PSK 55100.0900002 - Neuanlage Grünflächen im B-Plangebiet 82
PSK 55100.0900002 - Anlage eines Mehrzweckplatzes im B-Plangebiet 82**

10.9. Gemeinsamer Antrag des Seniorenbeirats und des Behindertenbeirats f. d. UA, BPA und STV - Haushalt 2017 - barrierefreie Toilette

Es wird Bezug genommen auf

- die 1. Lesung im Umweltausschuss (UA) am 09.11.2016 (vgl. UA-Protokoll Nr. 12/2016; TOP 8),
- die 2. Lesung im UA am 14.12.2016 (vgl. UA-Protokoll Nr. 13/2016; TOP 10),
- die darüber hinausgehenden Anträge und Anregungen.

Sodann werden folgende Haushaltspositionen in der Reihenfolge der Tagesordnung mit den entsprechenden Anträgen unter Berücksichtigung der vormalig beschlossenen Änderung der Tagesordnung thematisiert:

Der Antrag **AN/064/2016** wird eingangs von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Fortfahrend führt der Kinder- und Jugendbeirat die Beweggründe und Hintergründe des Antrages **AN/092/2016** aus. Der Stormarnplatz wird weiterhin durch die zentrale Lage als idealer Standort für eine Skateanlage angesehen. Auch ist der Anspruch sehr ausgeprägt, zukünftig ein breites Spektrum an Nutzern abdecken zu können: Inlineskater, Rollerfahrer, Skateboarder, BMX-Fahrer u. v. m. Da die feste und solide Betonanlage eher etwas für die erfahrenen Fahrer ist, wäre eventuell auch eine kleinere Anlage aus Holz für die Anfänger von Nöten. Der Kinder- und Jugendbeirat ist sich sicher, dass eine gut geplante Anlage nach Fertigstellung einen extremen Zulauf finden würde und ein absoluter Mehrgewinn und Notwendigkeit für die Kinder und Jugendlichen aller Altersstufen sein würde.

Auf Nachfrage führt der Kinder- und Jugendbeirat den veränderten Kostenpunkt aus, welcher in dem Antrag AN/073/2016 auf geschätzte 160.000 € lautet und in dem Antrag AN/092/2016 bereits bei 250.000 € liegt. Der ursprüngliche Betrag wurde aufgrund eines der Stadt Ahrensburg zum Zeitpunkt der Antragstellung vorliegenden Angebotes für eine Skateanlage übernommen. Genauere Faktoren und Kosten wurden recherchiert. In dem Antrag AN/092/2016 bezieht sich die Kostenangabe nunmehr auf eine Skateanlage, die allen Anforderungen genügt.

Sodann wird über den AN/092/2016 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür (2 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 WAB)

Der Antrag **AN/090/2016** ist somit hinfällig.

Anschließend wird zum Antrag AN/078/2016 Stellung genommen. Die antragstellende Fraktion (FDP) führt detailliert den vorgefundenen Zustand der Spielplatzgeräte aus und sieht die Notwendigkeit der Erneuerung lediglich bei dem Hauptgerät. Unter Berücksichtigung dessen, dass die Kinder im nutzungsfähigen Alter die meiste Tageszeit im Kindergarten oder auch in der Schule zubringen und die derzeitige Nutzung scheinbar primär von Kindern, welche von Tagesmüttern betreut werden erfolgt, besteht keine Notwendigkeit einer vollumfänglichen Sanierung.

Es wird durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf den Beitrag der Verwaltung innerhalb der letzten Sitzung des Umweltausschusses, welcher sich auf den Spielplatz Gorch-Fock-Straße bezog, Bezug genommen. Hier wurde dargelegt, dass der Fallschutz nicht mehr ausreichend gewährleistet ist und daher eine umfassende Untergrunderneuerung notwendig ist. Die Untergrunderneuerung stellt sich als großer Kostenpunkt dar. Der Erhalt der Infrastruktur hat für die Entwicklung der Kinder einen unermesslichen Stellenwert und sollte daher erhalten werden.

Auch die CDU-Fraktion stimmt einer Reduzierung der Kosten nicht zu, da extreme Anforderungen an Kinderspielgeräte gestellt werden, denen man gerecht werden sollte.

Die FDP-Fraktion hingegen weist darauf hin, dass andere Kommunen mit viel geringeren Kosten auskommen und hält die geplante Summe für überzogen.

Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass sich an geltendes Ausschreibungsrecht gehalten wird und somit eine Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist.

Der Kinder- und Jugendbeirat äußert abschließend, dass kein Interesse an hohen Kosten und Luxusgeräten bestünde sondern, lediglich an der Herstellung eines schönen nutzbaren Spielplatzes.

Sodann wird über den im Antrag AN/078/2016 zur Reduzierung der Kosten Spielplatz Gorch-Fock-Straße abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 1 dafür (FDP)
6 dagegen (2 SPD, 2 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen)
2 Enthaltungen (1 WAB, 1 CDU)

Anschließend wird von der FDP-Fraktion ein Gegenantrag gestellt, welcher wie folgt lautet:

„Für den Neubau des Spielplatzes Gorch-Fock-Straße, Produktsachkonto 55105.7853000, werden 50.000 € zur Verfügung gestellt und weitere 30.000 € mit einem Sperrvermerk versehen.“

Folgend wird über den gestellten Antrag abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 7 dafür (2 SPD, 3 CDU, 1 FDP, 1 WAB)
2 dagegen (2 Bündnis 90/Die Grünen,)

Der Antrag **AN/081/2016** wird daraufhin zurückgezogen.

Anschließend erfolgt eine Diskussion über die Anträge **AN/081/2016** sowie **AN/002/2017** unter Einbeziehung der von der Verwaltung ausgearbeiteten Informationszusammenstellung, welche bereits vorab auch den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde und wie folgt lautet:

Zum Thema „Öffentliche Toilettenanlage Rathausplatz“

1. Ausgangslage

- a) Auf Basis der Vorlagen-Nr. 2016/042 hat der Umweltausschuss in seiner Sitzung am 11.05.2016 der Kündigung des Mietvertrages über die vollautomatische Toilettenanlage an der Manfred-Samusch-Straße zum 31.12.2016 beschlossen. In der Vorlage wurden einerseits die aktuell dann noch zur Verfügung stehenden Angebote an öffentlichen WCs in Ahrensburg (Rathaus, Bücherei, CCA, ZOB) und andererseits der Planungsansatz für den Neubau im Umfeld des Bahnhofes aufgezeigt.

Abgelehnt wurde in diesem Zusammenhang der Antrag AN/041/2016, den Vertrag über die vollautomatische, behindertengerechte Toilettenanlage, die ganzjährig genutzt werden kann, zu verlängern.

- b) Wie dargestellt, sind daraufhin im Entwurf des Haushaltsplanes 2017 unter PSK 53810.5241000 lediglich 8.000 € für den Abbau der Anlage eingestellt worden.
- c) Daneben stehen seit dem Haushaltsplan 2015 unter PSK 53810.0900000/Projekt 116 Planungsmittel in Höhe von 10.000 € bereit für den Neubau der Bedürfnisanstalt am ZOB, die wegen der parallel laufenden Verfahren zur Städtebauförderung und zur Errichtung eines Fahrradparkhauses noch nicht zum Einsatz kommen konnten.
- d) Wie bereits Mitte 2016 angekündigt, hat die Firma Wall GmbH mit Schreiben vom 11.11.2016 ein Angebot eingereicht zum vorübergehenden Weiterbetrieb der vorhandenen Anlage zu deutlich verbesserten Konditionen. Hierüber wurden die Mitglieder des Umweltausschusses noch im November 2016 im Vorfeld der Sitzung am 14.12.2016 informiert.

Gleichzeitig wurde festgestellt, dass ab dem Jahreswechsel unter PSK 53810.5231000 **keine** Mittel zur Begleichung von Mieten mehr eingeplant sind. Trotzdem erklärte sich die Firma Wall GmbH angesichts der laufenden Gremienberatungen bereit, die Anlage noch im Januar 2017 ohne eine Vertragsgrundlage weiter zu betreiben.

2. Weitere Hintergrundinformationen

Angesichts der laufenden Beratungen sei stichwortartig auf Folgendes hingewiesen:

- a) Die Verwaltung ist zu keinem Zeitpunkt über Beschluss beauftragt worden, „rechtzeitig für einen Ersatz zu sorgen“.
- b) Die Verlängerung des Vertrages mit der Firma Wall GmbH kommt nur für eine Übergangszeit (von wenigen Jahren) in Betracht, sofern die Gremien entgegen ihrer bisherigen Beschlüsse den Bedarf für eine Toilettenanlage sehen, entsprechende Haushaltsmittel bereitstellen und im Zuge der Haushaltssatzung noch im Januar 2017 beschließen. Hier wäre vorbehaltlich eines exakten Angebotes ein Aufwand in Höhe von rund 30.000 € pro Jahr einzuplanen.
Der Weiterbetrieb der Anlage für die begrenzte Übergangszeit sollte nicht mit einem neuen Standort verbunden werden, da allein die Verlegung mit Kosten von rund 15.000 € verbunden wäre (Fundament entfernen und neu errichten, Anschlüsse zurückbauen und neu herstellen).
- c) Wird der Bedarf für eine derartige Anlage auch langfristig gesehen, sollte - unabhängig von der weiteren Planung im Bahnhofsvorfeld bzw. am ZOB - völlig neu über eine Lösung für die Ahrensburger Innenstadt nachgedacht werden.

Aus Sicht der Verwaltung dürfte es im konkreten Fall der Ahrensburger Innenstadt mit den sich bietenden Alternativen und der begrenzten Nutzungsfrequenz allenfalls um die Errichtung einer Anlage gehen, die wie bisher in der Manfred-Samusch-Straße aus einem barrierefreien Behinderten-WC besteht. Eine derartige Einrichtung verursacht erfahrungsgemäß laufende Betriebskosten von rund 15.000 € pro Jahr.

Wie in der Freien und Hansestadt Hamburg jüngst praktiziert, sollte man auch aus finanziellen Erwägungen auf Systemanlagen zurückgreifen. Nach einem Ausschreibungsverfahren sind dort individuelle Lösungen für die jeweiligen Standorte möglich (für die Anlagengröße, Fassadengestaltung und Ausstattung), natürlich mit der entsprechenden Investitionsspanne.

Um einen Eindruck zu vermitteln, ist ein Konzeptvorschlag durch das für die Stadtreinigung Hamburg tätige Unternehmen erstellt worden (vgl. Anlage); demnach könnten für den Kauf und die Neuaufstellung der Anlage Kosten von mindestens rd. 100.000 € anfallen.

Im Vorfeld eines Ausschreibungsverfahrens müssten auch weitere Grundzüge festgelegt werden, wie etwa der konkrete Standort, das Nutzungskonzept (Entgeltspflicht/Nutzungspreis), Maß der Automatisierung und der Vandalismus-Sicherung, Ausstattungs- und Fassadenqualität.

- d) In diesem Zusammenhang wäre auch zu erörtern, inwieweit der Forderung nach „einer hervorragenden Sauberkeit und einem stets einwandfreien hygienischen Zustand“ nachgekommen werden kann bzw. ob von dem derzeitigen hohen Standard einer vollautomatisierten Toilettenanlage abgewichen werden sollte. Im beigefügten Konzeptvorschlag ist neben der technischen Wartung und Instandsetzung auch eine tägliche Reinigung vorzusehen, während bisher eine automatische Reinigung nach jeder Nutzung gewährleistet werden konnte (**Anlage**).

Der Behindertenbeirat nimmt eingangs innerhalb der Sitzung zur Barrierefreiheit und der damit verbundenen Pflicht an der Stadt, eine behindertengerechte WC-Anlage zur Verfügung zu stellen, Stellung. Um eine lebenswerte Stadt zu haben, ist eine jederzeit zugängliche Toilette notwendig. Bürgerfreundlich wäre auch, eine Toilette mit kostenfreier Benutzung. Gerade für den Tourismus wäre dies auch ratsam.

Grundlegend spricht sich der Behindertenbeirat wie auch der Seniorenbeirat für eine jederzeit zugängliche WC-Anlage aus und möchte, dass dieses menschliche Bedürfnis nicht an Öffnungszeiten von Restaurants oder öffentlichen Gebäuden gebunden ist. Der Kostenfaktor sollte hier nicht im Vordergrund stehen, lediglich die Menschlichkeit.

Auch ist anzumerken, dass in Vorbereitung auf die Sitzung an mehrere Restaurantbesitzer herangetreten wurde. Die gestellte Frage, ob auch Nicht-Restaurantbesucher in einer Notlage deren Toiletten nutzen könnten, wurde grundsätzlich positiv beantwortet, jedoch sind die WCs nur selten behindertengerecht und stellen somit keine Alternative für Menschen mit Einschränkungen dar. Erschwerend ist, sich an die bestehenden Öffnungszeiten zu halten, und die damit nur eingeschränkte zeitliche Nutzungsmöglichkeit.

Rechtlich nicht vorgeschrieben ist eine Toilettenanlage, welche 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche zugänglich ist, äußert die WAB.

Des Weiteren wird die geringe Frequentierung mit ca. zwei Nutzern täglich stark diskutiert, welche auch unter anderem ein Grund der bereits durch den Ausschuss beschlossenen Kündigung des Vertrages zur Toilettenanlage war. Diese Entscheidung war zum damaligen Zeitpunkt die einzig richtige. Grund der erneuten Diskussionsaufnahme ist das neue Angebot der Firma Wall GmbH, welches nur noch ca. 50 % der vorherigen Kosten ausweist.

Anmerkung der Verwaltung:

*Mit dem Stand vom 20.12.2016 wurden seit Bestehen der öffentlichen Toilette vor dem Rathaus (2005) insgesamt **14.118 Nutzer** gezählt. Ein separater Zähler zählt auch die Behindertennutzung, welche sich auf insgesamt 1.648 Nutzer beläuft und bereits in der Gesamtzahl an Nutzern integriert ist.*

Der Standort scheint nicht optimal zu sein, daher besteht der Wunsch an die Verwaltung, eine Standortanalyse und Bedarfsanalyse durchzuführen.

Grundsätzlich äußert die Mehrheit der Ausschussmitglieder den Wunsch, eine im Innenstadtbereich jederzeit öffentlich zugängliche Toilettenanlage dauerhaft zur Verfügung zu stellen, auch wenn diese sich nicht selbst finanziell durch die Benutzungsgebühren trägt. Wünschenswert wäre jedoch ein optimaler Standort und eine Toilettenanlage, welche dauerhaft geringere Betriebskosten verursacht.

Folgend wird über den nachkommenden Abschnitt des Antrages **AN/002/2017** abgestimmt:

Der Vertrag mit der Firma Wall GmbH wird befristet verlängert und die dafür notwendigen Mittel (bezieht sich auf 30.000 €) in den Haushalt 2017 eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür (2 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen)
2 dagegen (1 FDP, 1 WAB)

Weiterführend erfolgt die Abstimmung zu dem mündlich geäußerten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Vertrag konkret, für das gesamte Jahr **2017**, zu verlängern:

Abstimmungsergebnis: 8 dafür (2 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
1 Enthaltung (1 WAB)

Der 1. Punkt des Antrages **AN/081/2016** ist mit dem oben genannten Beschluss abgedeckt und der 2. Punkt bezugnehmend auf die etwaigen Kosten des Neubaus einer Toilettenanlage wurde von der Verwaltung eingangs bereits mit ca. 100.000 € beziffert, ausgehend von den geführten Gesprächen der Verwaltung mit der Stadt Hamburg.

Dennoch besteht seitens der Ausschussmitglieder an die Verwaltung der folgende Planungsauftrag:

- Optimale Standortermittlung für eine Toilettenanlage
- konkrete Kostenermittlung für die Bedürfnisse einer WC-Anlage für die Stadt Ahrensburg,
- vorherige Abstimmung mit dem Senioren- und Behindertenbeirat.

Abschließend wird auch deutlich, dass die Mehrheit der Ausschussmitglieder in den Nachtrag des Haushaltes 2017 (für den Neubau einer eigenen Toilettenanlage im Innenstadtgebiet) die benannten 100.000 € mitaufnehmen möchte.

Seitens der WAB-Fraktion wird folgender Antrag gestellt:

„Die Verwaltung möge Orte in Ahrensburg benennen, deren Besitzer sich bereiterklären, ihre Toilette Bürgern für dringende Toilettengänge zur Verfügung zu stellen. Diese Orte sollten barrierefrei sein und durch Schilder (Nette Toilette) sowie auch auf der Ahrensburger Internetseite bekannt gemacht werden.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür (2 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 WAB)

Dringend wird auch von mehreren Ausschussmitgliedern auf die Notwendigkeit hingewiesen, die bereits bestehende behindertengerechte Toilette am Bahnhof zu erneuern / fertigzustellen.

Anschließend erfolgt die Abstimmung des Antrags **AN/085/2016**, Produktsachkonto 55100.0900002, Projekt Nr. 503: Neuanlage Grünflächen im B-Plangebiet 82 - die im Plan für 2017 vorgesehenen 15.000 € werden gestrichen:

Abstimmungsergebnis: 3 dafür (2 SPD, 1 FDP)
5 dagegen (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 WAB)
1 Enthaltung (1 Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Antrag **AN/085/2016**, Produktsachkonto 55100.0900002, Projekt Nr. 504: Anlage eines Mehrzweckplatzes im B-Plangebiet 82 - die im Plan für 2018 vorgesehenen Ausgaben von 120.000 € werden vorläufig gestrichen, bis die Planung des Platzes abgeschlossen ist.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür (2 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 WAB)

Abschließend kommt es unter Einbeziehung der vorgetragenen Anträge und deren Beschlüsse zur Abstimmung über die Vorlage Nr. **2016/113**; Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017:

Abstimmungsergebnis: 8 dafür (2 SPD, 3 CDU, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 WAB)
1 dagegen (1 FDP)

- 11. Gemeinsamer Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion f. d. Umweltausschuss**
- Baumschutzsatzung
- e n t f ä l l t -

12. Toilettenanlage - öffentliches WC am Rathaus

Die Aussprache zu diesem Themenbereich - unter Einbeziehung der hierzu gestellten Anträge - wurde bereits zusammenhängend unter Tagesordnungspunkt 10 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017“ vorgenommen.

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

13.1. Regelmäßige Kontrollen zur Anleinplicht

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich, inwieweit die Hundehalter ihrer Anleinplicht nachkommen. Werden Kontrollen durchgeführt?

Der anwesende Naturschutzbeauftragte erläutert daraufhin, dass er zwei- bis dreimal in der Woche im Tunneltal und auf anderen Wegen und Plätzen in Ahrensburg regelmäßige Kontrollen durchführt. Die Hundehalter weist er bei augenscheinlichem Verstoß aktiv auf ihre Pflicht hin sowie über das bei Verstoß zu erwartende Bußgeld in Höhe von 60 €. Die Hundehalter zeigen sich jedoch oft uneinsichtig oder kommen zwar in dem Moment ihrer Pflicht nach, vernachlässigen diese dann aber wieder in der Zukunft.

13.2. Kontrolle der Ausgleichsmaßnahmen

Auf die Frage, inwieweit vorgenommene Ausgleichsmaßnahmen kontrolliert werden, entgegnet die Verwaltung, dass von der Unteren Naturschutzbehörde jährlich nachgefragt wird und auch ein Kataster regelmäßig geführt wird.

13.3. Lärmschutz S4

Ein Ausschussmitglied verdeutlicht hierzu erneut den Wunsch der Bürgerbeteiligung bereits in der Vorplanung.

Die Verwaltung erläutert, dass das Planfeststellungsverfahren nicht in der Hand der Stadt liegt, sondern in der der Deutschen Bahn. Es kann nur gegenüber der Bahn angeregt werden, die Bürger frühestmöglich zu beteiligen.

13.4. Gemeinsame Sitzung Umweltausschuss mit Bau- und Planungsausschuss am 15.02.2017

Die Verwaltung weist auf die gemeinsame Sitzung mit dem Bau- und Planungsausschusses am 15.02.2017 hin. Hier werden Vertreter der Deutschen Bahn zu gegen sein und die geplanten Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der S-Bahnlinie S4 thematisieren. Der vormals vorgebrachte Wunsch der frühen Bürgerbeteiligung kann dort vorgebracht werden.

13.5. EU-Lärmkartierung

Ein Ausschussmitglied erfragt, ob auch der Fluglärm und der Bahnlärm in der EU-Lärmkartierung enthalten sind. Dabei wird um Berücksichtigung gebeten, dass der Güterverkehr, der im Zuge der festen Fehmarnbelt-Querung zunehmen wird, mehr Lärm produziert als der Schienenpersonenverkehr der S4.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Fluglärm ist dort für Ahrensburg nicht enthalten, da die Zuständigkeit durch den dort ansässigen Flughafen direkt an die Stadt Hamburg fällt; ähnlich wie bei der Bahn, welche ihre eigene Lärmaktionsplanung macht.

Die Pläne stehen im Internet zur Verfügung

gez. Marleen Möller
Vorsitzende

gez. Jane Jobst
Protokollführerin